

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946**

19 (24.4.1946)



# BADISCHE NACHRICHTEN

Einzelpreis 20 Pf. Monat. Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,30, zuzügl. RM 0,36 Zustellgebühr. Anzeigen: Die 10gsp. Nopp-Zelle RM 2,00, in Bezugsjahr: RM 1,00, Anst. Anz. die Hälfte.

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammstraße 18-20, Tel. 4261/53. Druck: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammstraße 18-20, Tel. 4261/53.

1. Jahrgang

Karlsruhe, Mittwoch, 24. April 1946

Nummer 19

## Umfassende Hilfe für Europa und Asien

Ein Aufruf Hoovers — Ernährungskrise stärker als angenommen — Schnelle Aktionen Englands und der USA — Auch Deutschland soll Lebensmittel erhalten

**Kairo, 23. April. (DANA)** In einer Rundfunkansprache an amerikanische Volk sagte Präsident Truman Sonderbeauftragter Herbert Hoover am 19. April, abends, nach einer UP-Meldung, während der kommenden vier Monate Lebensmittel zur Erhaltung der Völker in Europa und Asien, die Hungergefahr stärker werden sollte. Hoover kündigte ein Programm von 6 Punkten zur Erlangung von 25 Millionen Tons Getreide an, das für die Produktion von 50 Millionen Bushel Weizen zum Marktpreis für Lieferungen an die vom Hunger bedrohten Länder bestimmt ist.

Ein Aufruf Hoovers — Ernährungskrise stärker als angenommen — Schnelle Aktionen Englands und der USA — Auch Deutschland soll Lebensmittel erhalten  
**Washington, 23. April. (DANA)** In einer Rundfunkansprache an amerikanische Volk sagte Präsident Truman Sonderbeauftragter Herbert Hoover am 19. April, abends, nach einer UP-Meldung, während der kommenden vier Monate Lebensmittel zur Erhaltung der Völker in Europa und Asien, die Hungergefahr stärker werden sollte. Hoover kündigte ein Programm von 6 Punkten zur Erlangung von 25 Millionen Tons Getreide an, das für die Produktion von 50 Millionen Bushel Weizen zum Marktpreis für Lieferungen an die vom Hunger bedrohten Länder bestimmt ist.

### 20-30 Millionen europäische Kinder hungern

**Kairo, 23. April. (AP)** Etwa 20 bis 30 Millionen Kinder in Europa brauchen Lebensmittel, so berichtet Maurice Pate, Berater des früheren Präsidenten Herbert Hoover in Kinderfragen. In seinem Bericht an Hoover untersucht er die Gesundheits- und Ernährungslage der Kinder in Polen, Finnland, Schweden, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Deutschland, Osterreich, Jugoslawien und Griechenland. Die Ernährung der Kinder sei ein lebenswichtiges, noch ungelöstes Problem. Die schlimmste Lage habe er in Polen festgestellt.

### Weitere 50 000 Tonnen amerikanischer Baumwolle

**Berlin, 23. April. (DANA).** Die amerikanische Militärregierung in Deutschland gab bekannt, daß außer den bereits in Deutschland einetroffenen 100 000 Tonnen Baumwolle weitere 50 000 Tonnen im Laufe dieses Jahres geliefert werden. 40 Prozent der Baumwolle soll für den deutschen Verbrauch zur Verfügung gestellt werden. Die aus den übrigen 60 Prozent hergestellten Waren dienen zur Bezahlung der eingeführten Baumwolle.



**Frankreich braucht Amerikas Hilfe**  
**Paris, 23. April. (DANA).** Der französische Botschafter in Washington, Henri Bonnet, erklärte nach einer Meldung von Radio Paris in New York, Frankreich habe keine Anleihe von den Vereinigten Staaten verlangt, sondern eine Hilfestellung. Wenn Frankreich diese Hilfe nicht erhalte, sei es, immer noch zu gewinnen.

würde der Wiederaufbau des Landes 10 Jahre beanspruchen.

Zu den Verhandlungen des französischen Sonderbotschafters Leon Blum mit den amerikanischen Behörden erklärte Bonnet, sie entwickelten sich in einer gütlichen, freundschaftlichen Atmosphäre. Zur internationalen Politik führte Botschafter Bonnet aus, alle internationalen Fragen müßten von der Organisation der Vereinten Nationen selbst werden, darunter auch das spanische Problem. Das dringendste Problem sei aber die Wiederherstellung des Vertrauens. Das Vertrauen der kleinen Länder könne nur wieder hergestellt werden, wenn das deutsche Problem gelöst werde.

### Der Papst ruft zur Kinderhilfe auf

**London, 23. April. (DANA)** Am 20. Delegierte der italienischen, katholischen Aktion wandte sich der Papst in einer Rede und führte aus, daß das Schicksal von Millionen Kindern, die sich in Gefahr eines Hungertodes befinden, die höchsten Aufgaben stelle. Das Kind verleihe auf sich alle Lebensfragen und wesentlichen Lebenswerte, die Familie, die Ehe, die Erziehung im Elternhaus und die ewige Seele. In christlichen Elternhäusern muß die Gewissenshaftigkeit, die keine Gefahr für die Jugend, die heutige Jugend aber befinde sich in einer unzureichenden seelischen Not, die noch unvergessen werden soll. Die religiösen Eltern. Der Papst schloß seine Ansprache, indem er drei große Aufgaben unterstrich: Die Hilfe für die Gefährdeten, die Pflichten der Katholiken im öffentlichen Leben, und die Notwendigkeit der Verbreitung und Verteidigung der katholischen Lehren.

### Um die vier Freiheiten

**London, 23. April. (AP)** Der Präsident Roosevelt führte Kampf um die vier Freiheiten, so erklärte der britische Premierminister Attlee, immer noch zu gewinnen. Attlee, der in einer Stadt in Wales sprach, fuhr fort: „Wir versuchen, ein gutnachbarliches Zusammenleben aller Menschen auf der ganzen Erde zu gewährleisten. Voraussetzungen dafür ist, daß die Menschen frei von Furcht und frei von Not leben, und daß ihnen Red- und Glaubensfreiheit gewährt wird.“

### Die letzte Hochburg des Faschismus

**Paris, 23. April. (DANA)** Nach einer Meldung von Radio Paris richtete der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, Louis Sillant, ein Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Präsidenten des Sicherheitsrates, worin zur Debatte über die spanische Frage im Sicherheitsrat Stellung genommen wurde. „Wir dürfen unsere Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß es immer noch Länder gibt, die von faschistischen und nationalistischen Ideologien beherrscht werden.“

### Frankreich für eine starke UNO

**Washington, 23. April. (DANA)** Der französische Botschafter in Washington, Henry Bonnet, erklärte am 20. d. Mts. in New York laut einer BBC-Meldung: „Frankreichs Politik ist es, die Vereinten Nationen in jeder Weise zu unterstützen. Jedes Problem von internationaler Bedeutung sollte von den Vereinten Nationen entschieden werden.“

### Frankreich für eine starke UNO

**London, 23. April. (DANA)** Der französische Botschafter in Madrid, Sir Victor Mallet, am 17. April ein Memorandum überreichen lassen, in dem auf die angebliche Tätigkeit spanischer Kommunisten in Südfrankreich hingewiesen wird. Eine Mitteilung des gleichen Inhalts ist in Washington überreicht worden.

### Tschechoslowakel erkennt spanische Exilregierung an

**Paris, 23. April. (DANA)** Die Tschechoslowakei hat nach einer Bekanntgabe des Präsidenten der Nürnberger Prozeß

### Nürnberg Prozeß

**Nürnberg, 23. April. (DANA)** Dr. Seidl wird als erster Zeuge Dr. Biffinger auf, der während zweier Zeitschnitte Abteilungsleiter für Verwaltung und Recht beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Krakau war. Dr. Biffinger sagte aus, daß die höheren Polizei- und SS-Führer von Himmler unmittelbar ihre Befehle erhielten und daß die Verwaltungsbüros des Generalgouvernements unter der Leitung des Angeklagten Frank nichts mit „Sicherheitsfragen“ oder mit der Errichtung und Verwaltung von Konzentrationslagern zu tun hatten.

### Alle Juden Europas sollten „zusammengefaßt“ werden

Auf eine Frage Dr. Seidls, was auf einer in Franks Tagebuch erwähnten Unterredung zwischen dem Zeugen und Hevrich in Berlin besprochen worden sei, erwiderte Biffinger: „Ich schilderte die katastrophalen Verhältnisse, die durch das Herbeiführen der jüdischen Bevölkerung aus allen Teilen Europas nach Polen entstanden waren. Hevrich erklärte mir, Himmler habe von Hitler den Befehl erhalten, alle Juden Europas zusammenzufassen.“

### Appell an das amerikanische Volk

**Washington, 23. April. (DANA)** Präsident Truman erklärte, ein Aufruf Hoovers in Kinderfragen. In seinem Bericht an Hoover untersucht er die Gesundheits- und Ernährungslage der Kinder in Polen, Finnland, Schweden, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Deutschland, Osterreich, Jugoslawien und Griechenland. Die Ernährung der Kinder sei ein lebenswichtiges, noch ungelöstes Problem. Die schlimmste Lage habe er in Polen festgestellt.

### Für oder gegen Abbruch der Beziehungen — Ein Prüfungsausschuß vorgeschlagen

### Großbritanniens Stellungnahme

**New York, 23. April. (DANA)** Im Welt-Sicherheitsrat fand die zweite Aussprache über die polnische Forderung zur Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Franco-Spanien statt. Als erster ergriff der britische Delegierte Cadogan das Wort und erklärte, daß man in Großbritannien, dem Lande, das als erstes den Krieg gegen Deutschland erklärte, um Polen zu unterstützen, dem polnischen Appell mit Sympathie gegenüberstehe. Er sei indessen nicht der Ansicht, daß der von polnischen Delegierten stützt. Tab stand die Behauptung, daß die Franco-Regierung eine Gefährdung der internationalen Sicherheit darstelle, genügend rechtfertigt. Er könne nicht einsehen, daß die bisher gegen die spanische Regierung vorgebrachte Beweismaterial die Behauptung rechtfertigt, daß die gegenwärtige spanische Regierung eine Gefährdung der Weltfrieden darstelle oder daß sie einen Friedenbruch oder Antrifflandungen bezügelte. Er halte es nicht für angebracht, zur Zeit einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Vereinten Nationen in Spanien zu fordern.

### Faschistisches Spanien unmöglich

Der sowjetische Delegierte Gromyko, der den polnischen Antrag unterstützte, erwiderte darauf, daß es unmöglich sei, die Überreste des Faschismus in Deutschland und Italien zu verurteilen und gleichzeitig eine faschistische Regierung in Spanien an der Macht zu lassen. Gromyko gab eine ausführliche Übersicht über die Vorgeschichte und die Entwicklung des Franco-Regimes. Franco-Spanien habe an der Seite Deutschlands und Italiens gekämpft. Die sogenannte blaue Division habe gegen die Sowjetunion an der Ostfront im Felde gestanden. Aus einer Reihe von Tatsachen ergebe sich, daß das Franco-Regime für die friedliebenden Nationen Europas und Südamerikas eine ernste Gefahr darstelle.

### „Vom Temperament hingerissen“

**Nürnberg, 23. April. (DANA)** Dr. Seidl wird als erster Zeuge Dr. Biffinger auf, der während zweier Zeitschnitte Abteilungsleiter für Verwaltung und Recht beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Krakau war. Dr. Biffinger sagte aus, daß die höheren Polizei- und SS-Führer von Himmler unmittelbar ihre Befehle erhielten und daß die Verwaltungsbüros des Generalgouvernements unter der Leitung des Angeklagten Frank nichts mit „Sicherheitsfragen“ oder mit der Errichtung und Verwaltung von Konzentrationslagern zu tun hatten.

### Letzte Neuigkeiten

**Stuttgart, 24. April. (DANA)** Der Prozeß gegen die sechs Mitglieder des Landesernährungsamtes für Württemberg-Baden in Stuttgart, die beschuldigt werden, ohne Genehmigung an 300 Angestellte des Ernährungsamtes einen Weihnachts-sonderzahlung an Lebensmittel auszugeben zu haben, wird am 24. April vor dem Landgericht eröffnet werden. Der Fall wird vorläufig in Abwesenheit Dr. Ernst Bitows, der ursprünglich die Idee der Lebensmittelverteilung gehabt haben soll, verhandelt werden. Bitow bezug sich am 18. Januar, dem Tage, an dem ihm die offizielle Anklage zugestellt wurde, auf Geschäftsreisen in die britische Zone, konnte jedoch bis heute nicht aufgefunden werden.

### Englische und amerikanische Sofortmaßnahmen

**London, 23. April. (DANA)** Nach einer Regierungserklärung ist, wie BBC meldet, Großbritannien bereit, in Kürze Maßnahmen zur Getreidebeschaffung zu treffen. Dies steht im Einklang mit dem kürzlich erfolgten Angebot der britischen Regierung an die Vereinten Staaten, Getreide-

### Für oder gegen Abbruch der Beziehungen — Ein Prüfungsausschuß vorgeschlagen

### Großbritanniens Stellungnahme

**New York, 23. April. (DANA)** Im Welt-Sicherheitsrat fand die zweite Aussprache über die polnische Forderung zur Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Franco-Spanien statt. Als erster ergriff der britische Delegierte Cadogan das Wort und erklärte, daß man in Großbritannien, dem Lande, das als erstes den Krieg gegen Deutschland erklärte, um Polen zu unterstützen, dem polnischen Appell mit Sympathie gegenüberstehe. Er sei indessen nicht der Ansicht, daß der von polnischen Delegierten stützt. Tab stand die Behauptung, daß die Franco-Regierung eine Gefährdung der internationalen Sicherheit darstelle, genügend rechtfertigt. Er könne nicht einsehen, daß die bisher gegen die spanische Regierung vorgebrachte Beweismaterial die Behauptung rechtfertigt, daß die gegenwärtige spanische Regierung eine Gefährdung der Weltfrieden darstelle oder daß sie einen Friedenbruch oder Antrifflandungen bezügelte. Er halte es nicht für angebracht, zur Zeit einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Vereinten Nationen in Spanien zu fordern.

### Faschistisches Spanien unmöglich

Der sowjetische Delegierte Gromyko, der den polnischen Antrag unterstützte, erwiderte darauf, daß es unmöglich sei, die Überreste des Faschismus in Deutschland und Italien zu verurteilen und gleichzeitig eine faschistische Regierung in Spanien an der Macht zu lassen. Gromyko gab eine ausführliche Übersicht über die Vorgeschichte und die Entwicklung des Franco-Regimes. Franco-Spanien habe an der Seite Deutschlands und Italiens gekämpft. Die sogenannte blaue Division habe gegen die Sowjetunion an der Ostfront im Felde gestanden. Aus einer Reihe von Tatsachen ergebe sich, daß das Franco-Regime für die friedliebenden Nationen Europas und Südamerikas eine ernste Gefahr darstelle.

### „Vom Temperament hingerissen“

**Nürnberg, 23. April. (DANA)** Dr. Seidl wird als erster Zeuge Dr. Biffinger auf, der während zweier Zeitschnitte Abteilungsleiter für Verwaltung und Recht beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Krakau war. Dr. Biffinger sagte aus, daß die höheren Polizei- und SS-Führer von Himmler unmittelbar ihre Befehle erhielten und daß die Verwaltungsbüros des Generalgouvernements unter der Leitung des Angeklagten Frank nichts mit „Sicherheitsfragen“ oder mit der Errichtung und Verwaltung von Konzentrationslagern zu tun hatten.

### Alle Juden Europas sollten „zusammengefaßt“ werden

Auf eine Frage Dr. Seidls, was auf einer in Franks Tagebuch erwähnten Unterredung zwischen dem Zeugen und Hevrich in Berlin besprochen worden sei, erwiderte Biffinger: „Ich schilderte die katastrophalen Verhältnisse, die durch das Herbeiführen der jüdischen Bevölkerung aus allen Teilen Europas nach Polen entstanden waren. Hevrich erklärte mir, Himmler habe von Hitler den Befehl erhalten, alle Juden Europas zusammenzufassen.“

### Letzte Neuigkeiten

**Stuttgart, 24. April. (DANA)** Der Prozeß gegen die sechs Mitglieder des Landesernährungsamtes für Württemberg-Baden in Stuttgart, die beschuldigt werden, ohne Genehmigung an 300 Angestellte des Ernährungsamtes einen Weihnachts-sonderzahlung an Lebensmittel auszugeben zu haben, wird am 24. April vor dem Landgericht eröffnet werden. Der Fall wird vorläufig in Abwesenheit Dr. Ernst Bitows, der ursprünglich die Idee der Lebensmittelverteilung gehabt haben soll, verhandelt werden. Bitow bezug sich am 18. Januar, dem Tage, an dem ihm die offizielle Anklage zugestellt wurde, auf Geschäftsreisen in die britische Zone, konnte jedoch bis heute nicht aufgefunden werden.

### Englische und amerikanische Sofortmaßnahmen

**London, 23. April. (DANA)** Nach einer Regierungserklärung ist, wie BBC meldet, Großbritannien bereit, in Kürze Maßnahmen zur Getreidebeschaffung zu treffen. Dies steht im Einklang mit dem kürzlich erfolgten Angebot der britischen Regierung an die Vereinten Staaten, Getreide-

### DANA funk

Washington, Außenminister Byrnes hat nach einer Reuter-Meldung die Sowjetunion zur Eröffnung von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über eine Anzahl wirtschaftlicher Angelegenheiten von weittragender Bedeutung eingeladen.

Washington, Präsident Truman unterzeichnete am 20. April das Gesetz zur Erhöhung der Friedensstärke in der Marine. Die Marine wurde von 232 000 auf 500 000 Mann, und das Marinekorps (Landtruppen) von 64 400 auf 100 000 Mann erhöht. (AP)

Washington, Der französische Unterstaatssekretär für Produktion, Auguste Le Coeur, ist in Washington eingetroffen, um Verhandlungen wegen einer Erhöhung der amerikanischen Kohlenimporte nach Frankreich, unter anderem mit dem Vereinigten Kohlenrat der Alliierten, zu führen. (AP)

Washington, Das amerikanische Außenministerium bespricht zur Zeit mit der amerikanischen Botschaft in Teheran, in der die Ankunft des neuernannten Botschafters George V. Allen erwartet wird, die Angelegenheit der Pressezensur in Persien.

New York, Lord Halifax, der scheidende britische Botschafter in den Vereinigten Staaten, hielt am 22. April eine Abschiedsrede. Er sagte unter anderem, die anglo-amerikanische Freundschaft müsse der Felsen sein, auf dem der Friede gebaut werden könne.

San Francisco, Die Rundfunkstation Y. e. n. a., der offizielle Sender der chinesischen Kommunisten, meldete die Einnahme von Tschangtschun.

Paris, Der Leiter der republikanischen Volkspartei, Francois de Menthon, erklärte laut einer UP-Meldung, daß seine Partei gegen den Verfassungsentwurf stimmen werde. Der Führer der Radikalen, Eduard Herriot, kündigte an, daß auch die Radikalen gegen den Verfassungsentwurf stimmen werden.

Paris, BBC meldet: Die französische verfassunggebende Versammlung hat am Freitag den Verfassungsentwurf mit 309 Stimmen der Sozialisten und Kommunisten gegen 249 Stimmen der Linkskatholiken und der Opposition angenommen. Der Entwurf sieht das Einkammer-System vor. Er wird am 5. Mai der Volksabstimmung unterworfen werden.

Den Haag, Der ehemalige Scharfrichter des Konzentrationslagers Ommen in Nordholland, der beschuldigte holländische Nazi Scheffer, wurde zum Tode verurteilt.

Moskau, Wie BBC meldet, sind im neuen Fünfjahresplan für den Aufbau der Stadt Moskau mehr als neun Milliarden Rubel bereitgestellt worden.

Innsbruck, In einer am Ostersonntag abgehaltenen Massenkundgebung wurde, laut BBC, die Rückgabe Südtirols an Osterreich gefordert.

Budapest, Der ehemalige Präsident Ungarns, Graf Michael Karoly, wird nach einer BBC-Meldung demnächst nach langjährigem Exil in seine Heimat zurückkehren.

Sofia, Bulgarien hat mit der Sowjetunion einen Handelsvertrag abgeschlossen. Das Abkommen sieht u. a. die Lieferung von synthetischem Gummi von der Sowjetunion an Bulgarien vor.

Athen, Die griechische Regierung wurde, laut einer BBC-Meldung, von der Vorhaltung General Löhrs in der französischen Zone Deutschlands in Kenntnis gesetzt. General Löhr war Befehlshaber der Besatzungstruppen in Griechenland unmittelbar nach dem deutschen Einfall.

Rom, Ein Handels- und Finanzabkommen zwischen Italien und Belgien wurde am 19. 4. 1946 von italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi und dem belgischen Geschäftsträger unterzeichnet.

Rom, Die irdischen Reste des verstorbenen apostolischen Nuntius in Berlin, Cesare Orsenigo, wurden nach Mailand, der Heimatstadt des verstorbenen Kirchenfürsten, übergeführt.

Mailand, Wie Radio Mailand bekanntgab, wird der 25. April, der Tag der Befreiung Italiens, im ganzen Land als Nationalfeiertag festlich begangen werden.

Teheran, Der iranische Informationsminister, Piruz Firuzi, demnächst, daß in Iran eine Pressezensur eingeführt werden sei. Kürzlich seien Telegramme des Londoner Times-Korrespondenten vom Ministerium für Post- und Telegrafendienste zurückgehalten worden, weil sie gegen den Artikel 26 des internationalen Post- und Telegrafienabkommens verstießen hätten.

Tokio, Die japanische Regierung ist laut Reuter zurückgetreten.

Berlin, 24. April. (DANA) Die Alliierte Kommandatur und das gemeinsame Gesuch des Freien deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin, der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei zur Durchführung einer Feier am 1. Mai genehmigt. Die Feier ist als Massendemonstration gegen Faschismus und Militarismus gedacht.

Die stellvertretenden Kommandanten der Alliierten Kommandatur gaben bekannt, daß die Feier für alle Organisations der Arbeiterschaft, sei es auf gewerkschaftlicher oder politischer Grundlage, genehmigt sei.

# Das große Gebot

Von Walter Schwördfeger

Nach zwölf Jahren Nacht über Deutschland, einer Periode, die ihrem äußeren Kennzeichen nach — sinngemäß vielleicht als die Ära der Verdunkelung in die deutsche Geschichte eingehen wird, ist es wieder Licht geworden. Aber der Anbruch des neuen Morgens ist beschattet von dunklen Sorgen, weil, belastet von gewitterdunger Atmosphäre, die Viele wie eine Lähmung empfinden, die ihnen den Mut nimmt, ihr Feld zu bebauen, jeder zu seinem Teil im Dienste des Ganzen. Auf daß uns wieder Ernte, die Sicherung von Leib und Nahrung und Notdurft werde. Wozu fliehen und bauen, wenn doch Blitz, Sturm und Hagel alles wider zu vernichten drohen — so denken nicht wenige und möchten es vorziehen, in mutloser Erschöpfung nach langen Jahren vergeblicher Arbeit und persönlichen Leids, in müder Resignation vor einer sie überschwer dünkenden Aufgabe die Hände in den Schoß zu legen.

Wir verstehen diese Müdigkeit, die oft an Hoffnungslosigkeit grenzt und die auch die Willigsten und Entschlossensten unter uns mitunter überkommt, wenn wir schmerzhaft unseren Blick wandern lassen über das ungeheure Trümmerfeld der Deutschland von heute. Doch wir dürfen aus dieser Müdigkeit, dieser Resignation nicht überlassen, die krankhaft und unfruchtbar ist. Unseren Kindern, den Generationen nach uns gilt es, in zäher, unerermüdlicher Arbeit das Haus Deutschland wieder wohnlich aufzubauen, für sie den deutschen Namen wieder zu einem geachteten zu machen. Noch nie hat eine Generation so viele Arbeiten und nicht zu vernachlässigen die ökonomischen, sondern die geistigen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft auf sich zu nehmen. Wir müssen sich darüber klar sein, daß es für sie nur zwei Möglichkeiten gibt. Entweder die der ehrlichen Mitarbeit, zu der ihnen das Gesetz zur Befreiung von Militarismus und Nationalsozialismus in gerader Weise den Weg bahnt — oder die der restlosen Ausschließung. Wir werden jene, die sich als zehenden Willens erweisen, gern in unsere Gemeinschaft als Mitarbeiter an einem neuen und schöneren Deutschland aufnehmen. Den Böswilligen gegenüber aber bleibt nichts anderes, als ihnen das Handwerk ein für alle Mal zu legen. Unkraut muß mit der Wurzel ausgerissen werden.

Der Garten Deutschland ist groß aber in Zonen aufgeteilt. Gärten sollen sein die Parteien. Der Same des Unkrauts macht vor Zoogenen nicht halt, dann muß überall gejätet werden. Der Garten hat verschiedene Zonen und soll uns alle ernähren, darum darf nicht zueinander, sondern muß nach einem einheitlichen Plan gearbeitet werden. Einigkeit tut auch hier Not.

Unkraut vergeht nicht, sagt ein Sprichwort. Auf alle Fälle ist es schwer zu jäten. Föhrlich annehmen, die zwölf Jahre hindurch Katastrophepolitik und Mißwirtschaft treibenden Fanatiker der Gewalt werden sich samt und sonders gutwillig mit ihrem Bankrott absünden. Die Nazivererbungsbesitzer Axmann wird nicht die einzige ihrer Art sein. Schon hat die neue Demokratie die ersten Todesopfer zu betrauern. Martha Braunsch, die Leiterin der Frauenzusammenschlüsse in Sachsen, wurde von Nazis aus dem Hinterhalt erschossen. Der Antifaschist Harry Schlöglgen starb an den Verletzungen, die er bei einem Nazi-Überfall auf das Parteibüro der KPD in Schwerin erlitt. Gedenksteine für Opfer des Nazi-Terrors werden geschichtet. Der gewesene Vorsitzende der CSU, der sogenannte Staatsrat Schäfer, wagte den Ausspruch, er danke Gott, daß er das Denazifizierungsrecht nicht zu unterschätzen hätte. Die Beispiele ließen sich, leider, noch erheblich mehren. Die Beweise, daß die Feinde der Demokratie nicht zueinander, sondern in einer Weise aktiv sind, die die meisten nach dem totalen Zusammenbruch nicht für möglich gehalten hätten. Für diese Feinde des neuen Deutschland ist Demokratie gleichbedeutend mit Schwäche. Es darf diesen Elementen gegenüber keine Schonung und unter den Parteien keine Uneinigkeit geben. Keine Partei soll verzinkt werden, wenn sich ein Wehrlöcher im Schafspelz in ihre Reihen eingeschlichen hätten. Die Partei nicht zücht, den Wolf unerschädlich zu machen.

Es ist wenig nötig, wenn sich die Parteien gegenseitig die Verschiedenheiten vorwerfen. Man kann auf verschiedenen Wegen zum gleichen Ziel gelangen. Das Recht, nach eigenen Überzeugungen zu handeln, sofern es nicht — wie der Nazismus — verbrecherische Überzeugungen sind, ist ein Grundrecht der Demokratie. Man darf nur nicht seine Überzeugungen anderen aufzwingen wollen. Das ist, wie immer man es auch zu tarnen beliebt sein mag, das Gegenteil von Demokratie. Es ist nicht nur undemokratisch, sondern auch unklug, weil Druck Gegendruck erzeugt. Es ist angesichts der heute in Deutschland zu leistenden Arbeit Sabotage dieser Arbeit.

Wir wollen die Verschiedenheiten nicht aus dem Auge verlieren, aber wir wollen das Verbindende betonen. Wo liegen heute zwischen den beiden großen deutschen Parteien, der SPD und der CSU, Hindernisse, die eine gediegene Zusammenarbeit unterbinden könnten? Beweist die CSU, daß sie Reaktionen aus ihren Reihen tilgt, sich den sozialen Forderungen der Zeit nicht verschließen und dem konfessionell nicht Gebundenen gegenüber keine Unduldsamkeit üben wird, beweist die SPD, daß sie, um einige Punkte zu nennen, über die selbstverständliche Verständigung der Großindustrie, über das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters im Betrieb und über seine berechnete Teilnahme am Betriebsgewinn hinaus keine Sozialisierung des Privatgewinns denkt, daß ihre Feindschaft gegen das Christentum völlig fernliegt — führen beide Parteien praktisch diese Beweise, so ist wahrhaftig nichts zu erblicken, was eine fruchtbare Gemeinschaft verhindern könnte.

Man darf so die Hoffnung hegen, daß diese Gemeinschaftsarbeit geleistet werden wird. Nichts ist nütlicher als das. Beide Parteien müssen den Feind bilden, das dem die Schmutzwanne des Separatismus eines Dr. Opli und Konsorten, um den die Wogen erschellen, die Deutschland unter einer neuen Diktatur begraben wollen. Ein grelles Licht auf die Situation wirft eine in diesem Zusammenhang zu zitierende Stellungnahme des „Journal de Genève“. Das Blatt schrieb am 12. März: „Das große Spiel zwischen der Sowjet-Demokratie oder der vereinigten Arbeiterpartei und der westlichen Demokratie, das seit der Rede Winston Churchills noch erbitterter geworden ist, wird auf dem Schachbrett der zu Boden geworfenen Deutschland fortgesetzt.“

Nur das Zusammenwirken der beiden großen Parteien kann das nach den Potsdamer Beschlüssen gesichtete einheitliche deutsche Reich zu einer wirklichen Einheit machen. Wie weit dabei die Rechte der einzelnen, praktisch in den Zonen bereits gebildeten Bundesstaaten gehen werden, wird Gegenstand demokratischer Entscheidung sein. Nur wer Einparteiensherrschaft, also Diktatur, will, nur wer

## Alliiertes Kontrollrat und Parteienverschmelzung

Berlin, 23. April. (DANA) In der Berliner sozialdemokratischen Parteizentrale, dem „Telegraf“, wurde, wie Reuter meldet, eine offizielle britische Feststellung veröffentlicht, wonach die alliierte Kommandantur in Berlin erst ihre Zustimmung zur Verschmelzung der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei in Berlin geben muß, ehe die „Sozialistische Einheitspartei“ in Berlin ihre Tätigkeit aufnehmen darf.

Irgend ein Versuch zur Verschmelzung der beiden Parteien im britischen Sektor vor der Erteilung der Erlaubnis, würde als Verstoß gegen die Anordnungen des alliierten Kontrollrates betrachtet.

Die Aufforderung an die 14 Mitglieder des Exekutivausschusses der SED von ihren Posten zurückzutreten, stützt sich nach Mitteilung der britischen Militärregierung auf die britische Auffassung, daß die neue Partei in der britischen Zone vorläufig nicht vertreten werden könne, da sie noch keinen Antrag auf Zulassung eingereicht hat.

Es wurde betont, daß die britische Militärregierung nicht beabsichtige, die neue Partei an ihrer Arbeit zu hindern, sondern lediglich darauf bestünde, daß die Vorschriften über die Bildung neuer Parteien beachtet werden.

## Kongress der SED

Berlin, 23. April. (DANA) Der Vereinigungsparteikongress der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei vollzog Ostermontag in der „Deutschen Staatsoper“, dem früheren Admiralspalast, feierlich die endgültige Vereinigung zur neuen „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“. Der Parteikongress war insgesamt von 1055 Delegierten besucht, von denen 507 die frühere kommunistische Partei und 548 die Verschmelzungshänder der Sozialdemokraten vertraten. 380 Kommunisten und 445 Sozialdemokraten kamen aus der russischen Zone, 127 Kommunisten und 103 Sozialdemokraten aus den westlichen Zonen. Die Tagung wurde von Walter Ulbricht geleitet.

Es wurde ein Manifest der neuen Partei verlesen, das den Gründungsbescheid enthält und einstimmig angenommen wurde. Die Statuten wurden ebenfalls einstimmig angenommen, bis auf einen Passus, der Wohn- und Betriebsgruppen organisatorisch gleichstellt und bei 21 Delegierten auf Ablehnung stieß. Im Anschluß daran erfolgte die Vorstandswahl. Im Manifest heißt es unter anderem: „Jetzt nach dem Erleben des Hitlerkrieges ist

Deutschland, das Geburtsland von Marx und Engels, das erste, in dem sich die Einheit vollzieht. Neben der sozialistischen Einheitspartei haben andere demokratische Parteien ihre Daseinsberechtigung. Die sozialistische Einheitspartei setzt sich zur Aufgabe, die mit den anderen Parteien zusammenarbeiten. Die Parole ist: Kein Einparteiensystem mit der Spaltung der Arbeiterschaft. Der SED gehört die Zukunft. Auch Religionsgemeinschaften gegenüber soll strenge Toleranz geübt werden.“ Die Forderungen, die im Manifest aufgestellt sind, lauten: „Die Erneuerung der Kultur — alles Hohe und Schöne des deutschen Geisteslebens soll zur Entfaltung gebracht werden — Durchführung der demokratischen Schulreform — Ausmerzung nationalistischen Gedankengutes — Förderung aller Berufe — volles Mitbestimmungsrecht des FDGB — Verwirklichung seiner Forderungen — Achtundstundentag — tariflicher Mindestlohn — genügend Urlaub — Erholungszeit — Gleichwertigkeit der Frauensarbeit.“

## Botschaft englischer Sozialisten

London, 23. April. (DANA) Wie Reuter meldet, richteten 28 Parlamentarier der britischen Arbeiterpartei und Mitglieder der britischen Gewerkschaftsunion an den Kongress der sozialdemokratischen Partei in Berlin eine Botschaft, in der eine Einigkeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten begrüßt. Die Botschaft betont: „Wir glauben, daß die Einigkeit der arbeitenden Klasse in Deutschland und Europa nötig ist, denn ein Bruderzwist zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten könnte die Frucht des Krieges, die Freiheit, in eine noch tiefere Sklaverei als zuvor, verwandeln.“

## Dr. Schumacher sprach in Berlin

Berlin, 23. April. (DANA) „Deutschland braucht nicht nur Ernährungen, sondern auch moralische Kalorien“, erklärte Dr. Kurt Schumacher in der Funkstunde der Berliner SPD am 20. d. Ms.

Die sozialdemokratische Partei, sagte Dr. Schumacher weiter, will keinen „Wiederaufbau“ Deutschlands, weil noch zu viele Elemente der Reaktion und des Kapitalismus vorhanden seien, sondern einen „vollständigen Neuaufbau“ auf sozialistischer Grundlage. Sozialismus sei nur auf demokratischer Grundlage denkbar.

Die sozialdemokratische Partei, sagte Dr. Schumacher, lehnte Dr. Schumacher nach wie vor mit der Begründung ab, dieser Zusammenschluß werde unter Druck von außen her vollzogen. Gleichseitig aber hielt Dr. Schumacher das Angebot

bot politischer Zusammenarbeit mit den Kommunisten aufrecht.

Nach Ansicht Dr. Schumachers müsse die SPD in der sozialistischen Einheitspartei ihren Anteil an der demokratischen Partei zu gewinnen suchen. Außenpolitisch erklärte er sich für die Einheit Deutschlands und gegen jede Abtrennung oder Internationalisierung von Ruhrgebiet und Rheinland. Beide Gebiete müßten politisch und staatsrechtlich bei Deutschland bleiben. Jedoch billigte er eine wirtschaftliche Kontrolle der dort ansässigen Industrien.

## Außenministerkonferenz in Paris

Washington, 23. April. (DANA) Der amerikanische Außenminister Byrnes wird sich nach einer BBC-Meldung am 23. April zur Konferenz mit den Außenministern Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion nach Paris begeben. Als 1. Punkt steht der Friedensvertrag mit Italien auf der Tagesordnung. Der Friedensvertrag mit Österreich wird, wie Byrnes mittelt, ebenfalls behandelt werden.

Washington, 23. April. (INS) Der österreichische Gesandte, Kleinfischer, hatte am 20. April mit dem stellvertretenden Außenminister Adenauer eine fast einstündige Besprechung über österreichische Fragen. Von Kleinfischer drückte auf beidseitigen Beschäftigung eines Friedensvertrages mit Österreich, der die Frage der wirtschaftlichen und militärischen Besetzung Österreichs regeln soll.

Moskau, 23. April. (AP) W. Bedell Smith, der amerikanische Botschafter in Moskau, erklärte am Montag, daß er am Donnerstag beim amerikanischen Außenminister in Paris beabsichtigt sei. Der neuanretene britische Botschafter in der Sowjetunion, Maurice Peterson, wird sich voraussichtlich vor seiner Abreise nach Moskau ebenfalls zur Pariser Konferenz begeben.

## Der Erzbischof von Westminster zu Weltproblemen

London, 23. April. (DANA) Der katholische Erzbischof von Westminster, Kardinal Griffin, erklärte in seiner Osterpredigt um Hilfe für die vom Hunger bedrohten Länder der Welt.

Der Erzbischof erwähnte den Appell des Papstes, den hungernden Völkern Europas zu helfen und erklärte: „Ich komme heute Londons auf dem Weg um zu sprechen zu dürfen, daß es nicht genügt, wenn ihre Mitleiden vom Hungerstodespreis werden.“ Der Kardinal wandte sich dann der bevorstehenden Friedenskonferenz zu und betonte, daß die Bemühungen der Delegierten ohne Hilfe Gottes vergeblich sein werden. Harte Friedensbedingungen würden kein Friedenswerk zu dem Wiederaufbau eines Landes beitragen noch der Sache des Friedens in der ganzen Welt dienen. Die Freiheit jedes Landes müsse gewahrt bleiben, jede Nation muß das Recht haben, ihr eigenes Leben zu führen und ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

## Botschaft Stalins an Polen

Moskau, 23. April. (DANA) Generalissimus Stalin sandte, wie Radio Moskau meldet, der polnischen Regierung auf ihre Botschaft vom 1. Jahresfest der Unterzeichnung des sowjetisch-polnischen Freundschaftsvertrages die folgende Antwort: „Ich wünsche Ihnen bei Ihren Bemühungen, die brüderliche Zusammenarbeit zwischen Polen und der Sowjetunion zum Wohle unserer beiden Länder und im Interesse des Weltfriedens zu festigen, vollen Erfolg.“

Der Außenminister der beiden Länder tauschten ebenfalls Freundschaftsbotschaften aus.

## Internationale Bank-u. Währungsionds

Washington, 23. April. (AP) Der internationale Währungsfond und die internationale Bank werden ihre Arbeit offiziell am 6. und 7. Mai aufnehmen. Zunächst müssen jedoch die Hauptverträge genehmigt werden. Es wird daher angenommen, daß Finanzgeschäfte erst in zwei Monaten getätigt werden können. Als voraussichtlicher Direktor der Bank wurde Lewis W. Douglas, der frühere Direktor des Staatshaushalts der Vereinigten Staaten, bezeichnet. Durch Direktoren in beiden Instituten sind die Vereinigten Staaten, Frankreich, China, Indien, Kanada, Belgien und die Niederlande vertreten. Mexiko, Brasilien, Ägypten und die Tschechoslowakei sind durch Direktoren im Währungsfond vertreten. Polen, Griechenland und Chile durch Direktoren in der Bank.

## Nürnbergiger Prozeß

München, 23. April. (DANA) Max Streicher, der Bruder Julius Streichers, wurde in Deggendorf verhaftet und hatte sich vor dem Militärgericht wegen verbrechener Waffenbesitzes und Irreführung der amerikanischen Militärregierung zu verantworten. Zwei Jagdgewehre, eine Pistole, Munition und ein Schlarvin wurden in der Wohnung Max Streichers gefunden. Ferner wird er unsauberer und erpresserischer Methoden bei der Abwicklung seiner Geschäfte in der Nazizeit beschuldigt.

In der Gerichtsverhandlung gab Max Streicher zu, daß ihm der Name seines Bruders bei der Einholung von Staatsaufträgen recht „dienlich“ gewesen sei. Er habe jedoch von seinem Bruder keinerlei finanzielle Zuwendungen erhalten. Das Gericht erkannte Max Streicher als schuldig und überließ den Fall an das Mittlere Militärgericht.

## Nazi-Verhaftungen in Oesterreich

Wien, 23. April. (DANA) Die amerikanische Besatzungsbehörden in Oesterreich haben, wie das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Oesterreich am 17. April bekanntgab, in den letzten zwei Wochen in Salzburg und Oberösterreich 160 Verhaftungen vorgenommen. 23 der Verhafteten sind leitende militärische Persönlichkeiten, während der Rest sich aus SA- und SS-Männern und Personen zusammensetzt, die als Kriegsverbrecher resultiert wurden. Unter anderem wurde Dr. Karl Fieker, SS-Hauptsturmführer und Leiter eines der wichtigsten Planungszentralen während des Krieges, festgenommen.

Noch wichtiger als die Währungsfrage aber ist, wie gesagt, im Augenblick die Produktion. Der Mangel an lebensnotwendigen Gütern ist überaus groß, größer noch als es den Anschein hatte. Die Industrie zehrt größtenteils aus den Vorräten, die in manchen Industriezweigen in naher Zeit erschöpft sein werden. An einer Ergänzung fehlt es so gut wie ganz. Sie kann in wichtigen Rohstoffen nur durch Importe bewirkt werden. Einführen sind durch Kauf angeht unsere inter-valutarisch ziemlich wertlos. Währung unzulässig. Es muß also exportiert werden. Export aber setzt Produktion voraus. Einheitliche Planung dessen, was erzeugt und ausgeführt werden kann, um den dringenden Import zu sichern, ist unabdingbare Erfordernis. Auch das macht die deutsche Einheit zur conditio sine qua non. Die Leipziger Messe im kommenden Monat wird zeigen, zu welchen Ausfuhrleistungen das heutige Deutschland überhaupt in der Lage ist. Voraussichtlich wird sich ergeben, daß die verbliebenen Träger deutscher Exportfähigkeit gegenwärtig nicht die Groß-, sondern die Mittelbetriebe bis herunter zur Grenze fast des großen Handwerkbetriebs sind. So wird die Leipziger Messe gute Rückschlüsse darauf zulassen, nach welcher Stufung die Planung am aussichtsvollsten zu entwerfen ist.

(Weitere Betrachtungen zum Thema folgen in der morgigen Ausgabe.)

Washington, 23. April. (DANA) Wie der amerikanische Außenminister Byrnes bei einer Pressekonferenz mit Journalisten erklärte, hat die amerikanische Regierung beschlossen, die Anträge für August vorgesehene Schließung der für Zwangsverschleppung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands vorläufig aufzuschieben. Die Schließung der Lager soll aufgeschoben werden, bis die Vollversammlung der Vereinten Nationen Gelegenheit gehabt hat, den Bericht des Ausschusses zur Untersuchung des Flüchtlingsproblems zu prüfen. An die Regierungsergebnisse sind die zwangsverschleppten Personen einstimmig zu gewähren.

Berichtigung. In Nummer 18 der „BNM“ unter der Rubrik „Der neue Weltakt“ ist der Name eines Herrn Alfred Elsässer wiederzugeben als Wohnort verächtlich Karlsruhe angegeben, was es richtig heißen mußte, Pforzheim. Es ist auf diese Weise der falsche Eindruck entstanden, als bezögen sich die in der Zuschrift lobenden Vorwürfe auf das Evangelische Hilfswerk Karlsruhe, während sie sich tatsächlich gegen das Sozialistische Hilfswerk in Pforzheim richteten. Wir lenken nochmals ausdrücklich auf, daß die Beschlüsse des Herrn Elsässer in keiner Weise Evangelische Hilfswerk Karlsruhe berühren bedeuten, daß durch das erwähnte Versehen ein Eindruck zunächst entstehen mußte.

# Das Totenbuch klagte an

## Weitere Zeugnisaussagen im Mauthausener Prozeß

Dachau, 23. April. (DANA) „Es war nur einer, der in Mauthausen zu bestimmen hatte, das war der Kommandant.“ Mit diesen Worten versuchte der Angeklagte Adolf Zutter, im Kriegsverbrechenprozeß gegen die 61 Anreklarten im Mauthausener Kriegsverbrechenprozeß, die Schuld für die inneren Zustände im Konzentrationslager Mauthausen auf den verstorbenen Lagerkommandanten Zierke abzuwälzen. Zutter war der Nachfolger des Adjutanten Viktor Zoller und wurde in der heutigen Verhandlung von der Verteidigung als Zeuge aufgerufen. Er schilderte die Zustände im Konzentrationslager ziemlich offen und sagte: „Ich war der Leiter der Lagerverwaltung, aber ich mußte mich dieser Tätigkeit zuweilen fernhalten, weil ich nur mit 2000 Soldaten in Mauthausen war, hatte ich mit ihnen soviel zu tun, daß ich immer an meinen Schreibtisch gefesselt war. Ich muß jedoch im allgemeinen feststellen, daß die schrecklichen Zustände im Konzentrationslager durchaus bekannt waren und ich bin auch so offen, zuzugeben, daß die Schilderungen der Belastungszeugen zutreffen. Es waren tatsächlich fürchterliche Zustände.“ Er gab zu, daß Transporte, die aus derartigen Lagern in Mauthausen ankamen, mit einem „Marsch der Toten“ zu vergleichen gewesen seien. Zu Hunderten habe man die Leichen auf Lastwagen fortfahren müssen. Der erste ehemalige Adjutant und spätere Führer der Wachbataillon Viktor Zoller, wurde dann in den Zeugnissen als Zeuge aufgerufen. Zoller, der etwa 45 Jahre alt ist, erzählte, daß er im Mai 1940 von einer Fronttruppe nach Mauthausen strafversetzt worden sei, weil er einen ausländischen Sender abgehört habe. „Meine Tätigkeit als Adjutant bis zum Juni 1942 war reine Büroarbeit. Ich mußte aber von den Versagungen in Schloß Hartheim und der Erschießung russischer Kommissare. Mit den Gefangenen selbst hatte ich nichts zu tun. Ich habe mich bei Kontrollgängen nur um meine Wachposten gekümmert und dabei niemals Mißhandlungen oder Schlägen der Häftlinge festgestellt.“

Wie Zoller weiter erklärte, bestand von Berlin der Befehl, daß schlechte Behandlung von Häftlingen verboten sei und bestraft werden. In dem Befehl habe es geheißen, daß über Leben und Tod eines Gefangenen „allein der Führer entscheidet“. Auf Grund seiner Oberstellung als Gerichtsoffizier der SS-Soldaten habe er die Durchführung dieses Befehls überwacht. Nach einer erneuten zweijährigen Frontzeit sei er im Mai 1944 auf Grund einer Verwundung wieder als Wachbataillons-Führer nach Mauthausen zurückversetzt worden. Er habe bis zum April 1945 seinen 2000 Untergebenen jemals einen Gefangenen schlagen gesehen.

Da Zoller aussagte, er habe nur an zwei bis drei Exekutionen teilgenommen und von einer Exekution von Häftlingen sei ihm nichts bekannt. Da liegt ihm im Kreuzverhör die Anklage Oberst Densow das Totenbuch von Mauthausen vor. Aus den Aufzeichnungen, die im Lager selbst gemacht worden waren, ging hervor, daß in dieser Zeit in Mauthausen 2500 bis 3000 Menschen starben. Als Todesursache war „schlecht“ oder „auf der Flucht erschossen“ angegeben worden. Damit stellten sich im Kreuzverhör die Angaben Zollers, daß ihm als Adjutant nur 2 bis 3 Exekutionen bekannt waren, als völlig unzutreffend heraus.

Von den 61 Anreklarten im Mauthausener Prozeß wurden bisher vier als Zeugen in eigener Sache einer neuen Katastrophepolitik das Wort reden, kann sich angesichts der zu lösenden lebenswichtigen brennenden Probleme der Forderung nach einem demokratischen einheitlichen Deutschland verschließen.

Unter den brennenden Problemen rangiert das der Produktion noch vor dem der Währungsfrage. Keine gesunde Währungs ist möglich, die nicht auf einer gesunden Wirtschaft beruht. Die Preiskontrolle und die Steuerregelung genügen im Augenblick, die Währungs — die praktisch nur eine Binnen-Währung ist — einmessen stabil zu halten. Es ist die Frage aufzuwerfen, ob nicht durch das überaus scharfe Anziehen der Steuerzuschüsse des Guten ein wenig zu viel getan wird und Summen zugesteuert werden, die als Einsatz zu Produktivität dienen könnten. Es wäre andererseits darauf hinzuweisen, daß die unproduktiven „am Striktumpf“ ruhenden Kapitalien (man denke u. a. an die großen, in Parteilassen und Kriegskassen der Armee gesammelten und spurlos verschwundenen Summen) durch die Steuerregelung nicht erfaßt werden und nach wie vor den „Schwarzen Markt“ alimentieren. Eine Notabstempelung würde diese Summen aus ihrer Verborgtheit heranziehen oder sie wertlos machen, auf jeden Fall aber dazu beitragen, den sogenannten „Geldüberhang“ zu vermindern.

vernommen. In der Verhandlung am 20. April wurde die Vernehmung des einstigen „Infektionskapos“ des Außenlagers Mödling, Georg Göbl, fortgesetzt. Seine frühere schriftliche Aussage, 47 kranke Häftlinge durch Benzin-Injektion getötet zu haben, bezeichnete er heute als unrichtig. Seine Tätigkeit habe nur darin bestanden, dem Arzt die Krankenbücher vorzulegen. Der Staatsanwalt fragte Göbl darauf, ob er als Hilfsposten auf dem Evakuierungsmarsch von Mödling nach Mauthausen sechs schwache Häftlinge durch Gedränges tödend habe töten lassen. Göbl bestritt dies. Auf die Frage des Staatsanwalts, ob er einen alten, kranken polnischen Gefangenen auf diesem Marsch erschossen habe, obwohl dieser stehend um sein Leben bat, weil er daheim sechs Kinder habe, antwortete Göbl mit „Nein.“

## Die Anklage gegen Robert Wagner

Straßburg, 23. April. (DANA) Nach einer Meldung von Radio Paris wird der Prozeß gegen den ehemaligen Nazi-Gauleiter von Baden und des Elsaß Robert Wagner am 23. April eröffnet werden. Die Anklage umfaßt 3 Punkte: Zerschlagung der Elsaß in die deutsche Wehrmacht. Anschlag gegen die persönliche Freiheit und Beihilfe zum Mord. Außerdem werden der ehemalige stellvertretende Gauleiter Hermann Roehn, der Chef der Parteiverwaltung Adolf Schüttli und der Verbindungsmann zwischen Wagner und der Gestapo Walter Jüdika, der frühere Kreisleiter von Thann Hugo Grünhoff und der Staatsanwalt des Straßburger Sondergerichts Ludwig Lueger vor Gericht stehen.

## Max Streicher verhaftet

München, 23. April. (DANA) Max Streicher, der Bruder Julius Streichers, wurde in Deggendorf verhaftet und hatte sich vor dem Militärgericht wegen verbrechener Waffenbesitzes und Irreführung der amerikanischen Militärregierung zu verantworten. Zwei Jagdgewehre, eine Pistole, Munition und ein Schlarvin wurden in der Wohnung Max Streichers gefunden. Ferner wird er unsauberer und erpresserischer Methoden bei der Abwicklung seiner Geschäfte in der Nazizeit beschuldigt.

In der Gerichtsverhandlung gab Max Streicher zu, daß ihm der Name seines Bruders bei der Einholung von Staatsaufträgen recht „dienlich“ gewesen sei. Er habe jedoch von seinem Bruder keinerlei finanzielle Zuwendungen erhalten. Das Gericht erkannte Max Streicher als schuldig und überließ den Fall an das Mittlere Militärgericht.

Noch wichtiger als die Währungsfrage aber ist, wie gesagt, im Augenblick die Produktion. Der Mangel an lebensnotwendigen Gütern ist überaus groß, größer noch als es den Anschein hatte. Die Industrie zehrt größtenteils aus den Vorräten, die in manchen Industriezweigen in naher Zeit erschöpft sein werden. An einer Ergänzung fehlt es so gut wie ganz. Sie kann in wichtigen Rohstoffen nur durch Importe bewirkt werden. Einführen sind durch Kauf angeht unsere inter-valutarisch ziemlich wertlos. Währung unzulässig. Es muß also exportiert werden. Export aber setzt Produktion voraus. Einheitliche Planung dessen, was erzeugt und ausgeführt werden kann, um den dringenden Import zu sichern, ist unabdingbare Erfordernis. Auch das macht die deutsche Einheit zur conditio sine qua non. Die Leipziger Messe im kommenden Monat wird zeigen, zu welchen Ausfuhrleistungen das heutige Deutschland überhaupt in der Lage ist. Voraussichtlich wird sich ergeben, daß die verbliebenen Träger deutscher Exportfähigkeit gegenwärtig nicht die Groß-, sondern die Mittelbetriebe bis herunter zur Grenze fast des großen Handwerkbetriebs sind. So wird die Leipziger Messe gute Rückschlüsse darauf zulassen, nach welcher Stufung die Planung am aussichtsvollsten zu entwerfen ist.

(Weitere Betrachtungen zum Thema folgen in der morgigen Ausgabe.)

# Stimme der Partei

„Hier spricht die Union! Das ganze Volk hört zu!“

Im Gegensatz zu den anderen Parteien ist die Christlich-Demokratische Union bis jetzt inakten noch kaum zu der Öffentlichkeit gekommen. Am Ostermontag hat sie nun mit einer werbung begonnen, deren Durchführung für Karlsruhe Bevölkerung neu ist. Sie kündigte Plakat Nr. 1 insgesamt sechs Plakate an, die in kurzen Abständen erscheinen und sich an die verschiedensten Kreise wenden werden. Im ersten Teil der Plakate will die Union ihre Grundlegenden großen Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbaus stellen. Im zweiten Abschnitt eines jeden Plakats wird sie dann jeweils zwei Fragen an die richtigen, die mit den vorausgeschickten matischen Darlegungen in innerem Zusammenhang stehen, jedoch ganz bestimmte Einzelheiten betreffen, die jeden von uns anheben. Mit anderen Worten: die Union will nicht bei der Theorie stehen, sondern in die Praxis des täglichen Lebens vorstufen. Dabei richtet sie an alle Freunde und Gegner und namentlich an die gegläubten die Bitte, sich mit diesen Fragen einzusetzen und die schriftliche Antwort dem Generalsekretär der CDU in Karlsruhe, Kriegsstraße 210, Telefon 8580 zu richten. Die Plakate werden von den einzelnen Antworten Stellung genommen wird.

Als erste Partei eröffnet damit die Union der breitesten Öffentlichkeit die Aussprache das Ziel und den Weg ihrer Politik in einer die zwar neuartig ist, jedoch gute Ergebnisse spricht.

Man kann sich nicht des Eindrucks erwecken, daß die Parteien drauf und dran sind, sich ideologisches Gehäuse zurückzuziehen und einseitigen Sektellen zu beginnen. Eine der Entwicklung gefährdet den Aufbau der Demokratie, das die verschiedenen Trägern politischen Lebens sich nicht zueinander öffnen, sondern aus ihren Parteilinien herleben und im gegenseitigen Meinungsunterschied vernünftigen Ausgleich der natürlicherweise vorhandenen Spannungen herbeizuführen suchen. Viele Mißverständnisse, fruchtloses Geschwätz, Geheißigkeiten ließen sich vermeiden, wenn alle nicht nur aus, sondern auch einmal die Gegenseite hören wollten!

Daneben bezweckt die Union, im Rahmen öffentlichen Aussprache Vorschläge aus allen Teil der Bevölkerung zu bekommen, die die Linderung der vielfachen Nöte unserer Zeit gemacht werden können. Sie will dadurch Erscheinung entgegenwirken, daß die Parteien über ihren eigenen Plänen vergessen, wieder beim Volke selbst ratzuholen. demokratisches Gemeinwesen ist darauf an, daß zwischen der Führung und den Gefolgschaften lebendige Verbindung besteht und von beiden Anregungen gegeben und empfangen werden. Wer mit offenen Augen und Ohren sich der Öffentlichkeit bekennt, wird immer wieder für Fragen Lösungen findet, über die sich die Vernünftigen nicht erheben lassen. Die öffentliche Meinung hat sich in den letzten Jahren in Europa so verändert, daß die Parteien nicht mehr so selbstbewußt sind, wie sie es früher waren. Die öffentliche Meinung hat sich so verändert, daß die Parteien nicht mehr so selbstbewußt sind, wie sie es früher waren. Die öffentliche Meinung hat sich so verändert, daß die Parteien nicht mehr so selbstbewußt sind, wie sie es früher waren.

## Nürnbergiger Prozeß

Washington, 23. April. (AP) Der internationale Währungsfond und die internationale Bank werden ihre Arbeit offiziell am 6. und 7. Mai aufnehmen. Zunächst müssen jedoch die Hauptverträge genehmigt werden. Es wird daher angenommen, daß Finanzgeschäfte erst in zwei Monaten getätigt werden können. Als voraussichtlicher Direktor der Bank wurde Lewis W. Douglas, der frühere Direktor des Staatshaushalts der Vereinigten Staaten, bezeichnet. Durch Direktoren in beiden Instituten sind die Vereinigten Staaten, Frankreich, China, Indien, Kanada, Belgien und die Niederlande vertreten. Mexiko, Brasilien, Ägypten und die Tschechoslowakei sind durch Direktoren im Währungsfond vertreten. Polen, Griechenland und Chile durch Direktoren in der Bank.

## Nazi-Verhaftungen in Oesterreich

Wien, 23. April. (DANA) Die amerikanische Besatzungsbehörden in Oesterreich haben, wie das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Oesterreich am 17. April bekanntgab, in den letzten zwei Wochen in Salzburg und Oberösterreich 160 Verhaftungen vorgenommen. 23 der Verhafteten sind leitende militärische Persönlichkeiten, während der Rest sich aus SA- und SS-Männern und Personen zusammensetzt, die als Kriegsverbrecher resultiert wurden. Unter anderem wurde Dr. Karl Fieker, SS-Hauptsturmführer und Leiter eines der wichtigsten Planungszentralen während des Krieges, festgenommen.

Noch wichtiger als die Währungsfrage aber ist, wie gesagt, im Augenblick die Produktion. Der Mangel an lebensnotwendigen Gütern ist überaus groß, größer noch als es den Anschein hatte. Die Industrie zehrt größtenteils aus den Vorräten, die in manchen Industriezweigen in naher Zeit erschöpft sein werden. An einer Ergänzung fehlt es so gut wie ganz. Sie kann in wichtigen Rohstoffen nur durch Importe bewirkt werden. Einführen sind durch Kauf angeht unsere inter-valutarisch ziemlich wertlos. Währung unzulässig. Es muß also exportiert werden. Export aber setzt Produktion voraus. Einheitliche Planung dessen, was erzeugt und ausgeführt werden kann, um den dringenden Import zu sichern, ist unabdingbare Erfordernis. Auch das macht die deutsche Einheit zur conditio sine qua non. Die Leipziger Messe im kommenden Monat wird zeigen, zu welchen Ausfuhrleistungen das heutige Deutschland überhaupt in der Lage ist. Voraussichtlich wird sich ergeben, daß die verbliebenen Träger deutscher Exportfähigkeit gegenwärtig nicht die Groß-, sondern die Mittelbetriebe bis herunter zur Grenze fast des großen Handwerkbetriebs sind. So wird die Leipziger Messe gute Rückschlüsse darauf zulassen, nach welcher Stufung die Planung am aussichtsvollsten zu entwerfen ist.

(Weitere Betrachtungen zum Thema folgen in der morgigen Ausgabe.)

Washington, 23. April. (DANA) Wie der amerikanische Außenminister Byrnes bei einer Pressekonferenz mit Journalisten erklärte, hat die amerikanische Regierung beschlossen, die Anträge für August vorgesehene Schließung der für Zwangsverschleppung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands vorläufig aufzuschieben. Die Schließung der Lager soll aufgeschoben werden, bis die Vollversammlung der Vereinten Nationen Gelegenheit gehabt hat, den Bericht des Ausschusses zur Untersuchung des Flüchtlingsproblems zu prüfen. An die Regierungsergebnisse sind die zwangsverschleppten Personen einstimmig zu gewähren.

Berichtigung. In Nummer 18 der „BNM“ unter der Rubrik „Der neue Weltakt“ ist der Name eines Herrn Alfred Elsässer wiederzugeben als Wohnort verächtlich Karlsruhe angegeben, was es richtig heißen mußte, Pforzheim. Es ist auf diese Weise der falsche Eindruck entstanden, als bezögen sich die in der Zuschrift lobenden Vorwürfe auf das Evangelische Hilfswerk Karlsruhe, während sie sich tatsächlich gegen das Sozialistische Hilfswerk in Pforzheim richteten. Wir lenken nochmals ausdrücklich auf, daß die Beschlüsse des Herrn Elsässer in keiner Weise Evangelische Hilfswerk Karlsruhe berühren bedeuten, daß durch das erwähnte Versehen ein Eindruck zunächst entstehen mußte.

Parteien

Union! ... wird!

Parteien ...

Parteien ...

Parteien ...

Parteien ...

Parteien ...

Parteien ...

Parteien ...

Karlsruher WIEGEL

Ostern warm und kalt

Es war, als ob die Natur sich des ersten Osterfestes nach ...

Das Modellkleid und den dazu gehörigen Hut hätte man zerschlagen ...

Kirchliche Ostern 1946

Auferstehungsfeier unter freiem Himmel Unerstüchtern vom Wandel der Zeiten und Menschen feiert die Kirche seit fast 2000 Jahren dieses Fest ihres Glaubens ...

Ostern 1946, nach sechs Kriegen ist die erste im Frieden ...

Professor Dr. Ing. Heinrich Dörrt

Eine zahlreiche Trügergemeinschaft am 16. April dem Professor Dr. Ing. Heinrich Dörrt ...

Zum Gedenken Michael Lampert's

Aufrechte Gesinnung und Haltung waren die vornehmsten Eigenschaften des jüngst verstorbenen Michael Lampert ...

Polenpolitik

Polenpolitik ...

Verbrecher

Verbrecher ...

er US-Zo

er US-Zo ...

er US-Zo ...

er US-Zo ...

er US-Zo ...

er US-Zo ...

er US-Zo ...

er US-Zo ...

er US-Zo ...

er US-Zo ...

er US-Zo ...

Es fiel uns auf ...

daß in verschiedenen Stadtteilen auch in der Nacht die geleerten Müllwagen auf den Schweigen stehen ...

Allgemeine Gültigkeit der Bezugsheine

Die allgemeine Gültigkeit der Bezugsheine, die in der Nummer 17 vom 18. April 1946 bekanntgegeben wurde ...

Sprechtag der Orthopädie-Versorgungsstelle

Im Monat Mai 1946 hält die Orthopädie-Versorgungsstelle Karlsruhe Sprechtag wie folgt ab ...

Eine badische Dichterin

In dem weitestgelegenen Dürfling Oberschleffens wurde vor 100 Jahren, im Frühjahr 1846, als Tochter eines kleinen Landwirts, die fränkische Dichterin Augusta Bender geboren ...

Fertighäuser - eine neue deutsche Industrie

Stuttgart. (DANA-Sonderdienst) Wie ein Plan der Abteilung für Baue- und Konstruktionswesen bei der amerikanischen Militärregierung in Berlin vorsieht ...

Feuerwehrtag in Stuttgart

Stuttgart. Im Sitzungssaal des Innenministeriums war am Montag, 15. April 1946, eine Tagung von Abordnungen der Feuerwehren aus Württemberg-Baden ...

Radioprogramm

- Stuttgarter Sender: Mittwoch, 24. April: 6.12 Morgenschall. 6.15 Frühmusik. 6.30 Frühkonzerte ...

bergt am 8. 22. und 29. 5. 46 von 9 bis 14 Uhr ...

Badezeiten für die Zivilbevölkerung im Vierortbad

Die Badezeiten im Vierortbad sind neu geregelt und verweisen wir hiermit unsere Leser auf das Inserat in unserer heutigen Ausgabe.

Polizeibericht meldet

In Rippurr wurden durch nächtlichen Einbruch in eine Gartenheide eine große Anzahl Hasen, Hühner und Bekleidungsstücke gestohlen.

Reif in die Blüten

Eine Reihe sonniger, warmer Tage haben in Gärten, in Feld und Wald Wunder gewirkt. Auch die Obstbäume erschlossen ihre Knospen und das Frühobst, Pfirsiche, Kirschen, Mirabellen, Pfäfen und frühe Birnenorten kamen rasch zum Blüten.

Reif in die Blüten

Umsonst gebüht! Der Reif von einer Nacht hat alle Blütenherzen schwarz gemacht. Umsonst gehofft! Die Blüte traurig fällt.

Fertighäuser - eine neue deutsche Industrie

Stuttgart. (DANA-Sonderdienst) Wie ein Plan der Abteilung für Baue- und Konstruktionswesen bei der amerikanischen Militärregierung in Berlin vorsieht ...

Feuerwehrtag in Stuttgart

Stuttgart. Im Sitzungssaal des Innenministeriums war am Montag, 15. April 1946, eine Tagung von Abordnungen der Feuerwehren aus Württemberg-Baden ...

Radioprogramm

- Stuttgarter Sender: Mittwoch, 24. April: 6.12 Morgenschall. 6.15 Frühmusik. 6.30 Frühkonzerte ...

Badische Umschau

Uniformen der Feuerwehren, die entmilitarisiert werden müssen ...

Reif in die Blüten

Umsonst gebüht! Der Reif von einer Nacht hat alle Blütenherzen schwarz gemacht.

Fertighäuser - eine neue deutsche Industrie

Stuttgart. (DANA-Sonderdienst) Wie ein Plan der Abteilung für Baue- und Konstruktionswesen bei der amerikanischen Militärregierung in Berlin vorsieht ...

Feuerwehrtag in Stuttgart

Stuttgart. Im Sitzungssaal des Innenministeriums war am Montag, 15. April 1946, eine Tagung von Abordnungen der Feuerwehren aus Württemberg-Baden ...

Radioprogramm

- Stuttgarter Sender: Mittwoch, 24. April: 6.12 Morgenschall. 6.15 Frühmusik. 6.30 Frühkonzerte ...

Uniformen der Feuerwehren, die entmilitarisiert werden müssen ...

Reif in die Blüten

Umsonst gebüht! Der Reif von einer Nacht hat alle Blütenherzen schwarz gemacht.

Fertighäuser - eine neue deutsche Industrie

Stuttgart. (DANA-Sonderdienst) Wie ein Plan der Abteilung für Baue- und Konstruktionswesen bei der amerikanischen Militärregierung in Berlin vorsieht ...

Feuerwehrtag in Stuttgart

Stuttgart. Im Sitzungssaal des Innenministeriums war am Montag, 15. April 1946, eine Tagung von Abordnungen der Feuerwehren aus Württemberg-Baden ...

Radioprogramm

- Stuttgarter Sender: Mittwoch, 24. April: 6.12 Morgenschall. 6.15 Frühmusik. 6.30 Frühkonzerte ...

DAS WORT DER JUGEND

Erweiterung auf den Aufsatz 'Jugend und Gleichzeitigkeit' in Nr. 16 der BNN vom 16. d. Mts.

Die politische Gleichzeitigkeit kann man heute der Jugend nicht verubeln, denn ihr stehen jetzt die Folgen der vergangenen 12 Jahre in Gestalt der Entfernung aus ihren Ämtern und Stellungen zutage.

Ein offenes Wort an die Jugend Keine Anstalt, kein alter verkalkter Philister oder Blausumpfung möchte hier ein kurzes Wort an die Jugend unserer Zeit richten ...

und Glasern, daß es fehlt an Technikern, Architekten, Hoch- und Tiefbauingenieuren, kurz an allen Bau- und Baubeberufen?

Ein drittes Moment, das jedem klar und objektiv denkenden Menschen Anlaß zum Nachdenken und oft sogar zu Besorgnis geben sollte, ist eine nicht absehbare moralische Zurückbildung unserer Jugend.

Wir alle wissen, daß diese Erscheinungen nicht aus dem Heute allein geboren sind, sondern ihren Ursprung schon in vorhergehenden Jahren haben, vor allem in den letzten zwölf Jahren und ihren Erziehungsmethoden haben.

Der Bund der Pfadfinder in Stuttgart hat bei der Militärregierung die Zulassung beantragt. Die Organisation will sich dem Vorhaben der anglo-amerikanischen Pfadfinderorganisationen und Jugendclubs angeschlossen.

Ein drittes Moment, das jedem klar und objektiv denkenden Menschen Anlaß zum Nachdenken und oft sogar zu Besorgnis geben sollte, ist eine nicht absehbare moralische Zurückbildung unserer Jugend.

Wir alle wissen, daß diese Erscheinungen nicht aus dem Heute allein geboren sind, sondern ihren Ursprung schon in vorhergehenden Jahren haben, vor allem in den letzten zwölf Jahren und ihren Erziehungsmethoden haben.

Der Bund der Pfadfinder in Stuttgart hat bei der Militärregierung die Zulassung beantragt. Die Organisation will sich dem Vorhaben der anglo-amerikanischen Pfadfinderorganisationen und Jugendclubs angeschlossen.

Der Bund der Pfadfinder in Stuttgart hat bei der Militärregierung die Zulassung beantragt. Die Organisation will sich dem Vorhaben der anglo-amerikanischen Pfadfinderorganisationen und Jugendclubs angeschlossen.

Zwang eines Krieges kennen lernte, nun da die Schranken gefallen sind, das nachzuholen besteht in was ihr bisher von Schicksal versetzt blieb.

Es wäre ein Leichtes, die Reihe der Beispiele von gerätewürdigen Tiefständen im Leben der Jugend unserer Zeit zu erweitern, jedoch sehe ich die drei vorgenannten Punkte als Haupt- und Angelpunkte an, um hin der festen Überzeugung, daß schon viel gewonnen ist, sind erst hier wieder die zur Existenz jeder Form notwendigen Grenzen gezogen und eingehalten.

Der Bund der Pfadfinder in Stuttgart hat bei der Militärregierung die Zulassung beantragt. Die Organisation will sich dem Vorhaben der anglo-amerikanischen Pfadfinderorganisationen und Jugendclubs angeschlossen.

Der Bund der Pfadfinder in Stuttgart hat bei der Militärregierung die Zulassung beantragt. Die Organisation will sich dem Vorhaben der anglo-amerikanischen Pfadfinderorganisationen und Jugendclubs angeschlossen.



Schwaben Augsburg an der Spitze

Der pastierende Tabellenführer mußte die Führung den Schwaben überlassen, die den BCA mit 5:0 überführten. Der VfB Stuttgart ließ in Offenbach mit einem 5:1-Sieg über die Kickers...

Handball an Ostern

TSV Handshuheim - TSV Daxlanden In Daxlanden wollte über die Osterferien der TSV Handshuheim...

Badische Neueste Nachrichten

Handball an Ostern

TSV Handshuheim - TSV Daxlanden In Daxlanden wollte über die Osterferien der TSV Handshuheim...

DIE WIRTSCHAFT

Berlin, 23. April. (DANA). Am 8. Mal, 10.30 Uhr, wird die Leipziger Frühjahrsmesse eröffnet werden.

Landesliga

FC Nürtingen - VfB Stuttgart 1:1, FC Schwaben - VfB Stuttgart 2:1, FC Schwaben - VfB Stuttgart 2:1, FC Schwaben - VfB Stuttgart 2:1...

Freundschaftsspiele

FC Nürtingen - VfB Stuttgart 1:1, FC Schwaben - VfB Stuttgart 2:1, FC Schwaben - VfB Stuttgart 2:1, FC Schwaben - VfB Stuttgart 2:1...

Freundschaftsspiele

FC Nürtingen - VfB Stuttgart 1:1, FC Schwaben - VfB Stuttgart 2:1, FC Schwaben - VfB Stuttgart 2:1, FC Schwaben - VfB Stuttgart 2:1...

Freundschaftsspiele

FC Nürtingen - VfB Stuttgart 1:1, FC Schwaben - VfB Stuttgart 2:1, FC Schwaben - VfB Stuttgart 2:1, FC Schwaben - VfB Stuttgart 2:1...

Mineral-Anzeigen

Herrmann Schmitt, Mineralwerk. Unser innigstgel. herzensgeliebter Bruder ist unerwart. uns gut Mutter gefolgt. Beerd. Donnerst. 11.30. Reinhold Schmitt u. Frau Dr. Schmitt u. Fr. Müller. Beerd. Donnerst. 11.30. Max Müx, mein Bl. Mann, uns. lieb. Vater u. Sohn, ist am 22. 4. 46 nach schwer. Krankh. von uns gegangen.

Suchtenden

Obgr. Max Veltz, FPNr. 1219, geb. 25. 2. 1911, vermißt 31. 1. 1943, Rummelsberg, Stalingrad. Obgr. Alfons Fabry, geb. 18. 11. 1902, Nach. Allee 102, 6. 4. 4. Witebsk (Russland). Obgr. Ernst Schickel, F-P. 28, geb. 25. 11. 1902, vermißt 19. 8. 44 aus Rumänien.

Verkauf

Kleiderschrank, gut erhalten, zu verkaufen. Durlach, Dürbachstraße 11, II. Obgr. Ernst Schickel, F-P. 28, geb. 25. 11. 1902, vermißt 19. 8. 44 aus Rumänien.

Verkauf

Kleiderschrank, gut erhalten, zu verkaufen. Durlach, Dürbachstraße 11, II. Obgr. Ernst Schickel, F-P. 28, geb. 25. 11. 1902, vermißt 19. 8. 44 aus Rumänien.

Verkauf

Kleiderschrank, gut erhalten, zu verkaufen. Durlach, Dürbachstraße 11, II. Obgr. Ernst Schickel, F-P. 28, geb. 25. 11. 1902, vermißt 19. 8. 44 aus Rumänien.

Ameliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung. Die Ausgabe der Lebensmittellisten für die 88. Zuteilungsperiode erfolgt ab Donnerstag, den 25. 4. 46, bei den Kartenstellen der Bezirksverwaltungen. Näheres ist aus dem Anschlag d. Bezirksstellen zu ersehen.

Ameliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung. Die Ausgabe der Lebensmittellisten für die 88. Zuteilungsperiode erfolgt ab Donnerstag, den 25. 4. 46, bei den Kartenstellen der Bezirksverwaltungen. Näheres ist aus dem Anschlag d. Bezirksstellen zu ersehen.

Ameliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung. Die Ausgabe der Lebensmittellisten für die 88. Zuteilungsperiode erfolgt ab Donnerstag, den 25. 4. 46, bei den Kartenstellen der Bezirksverwaltungen. Näheres ist aus dem Anschlag d. Bezirksstellen zu ersehen.

Ameliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung. Die Ausgabe der Lebensmittellisten für die 88. Zuteilungsperiode erfolgt ab Donnerstag, den 25. 4. 46, bei den Kartenstellen der Bezirksverwaltungen. Näheres ist aus dem Anschlag d. Bezirksstellen zu ersehen.

Ameliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung. Die Ausgabe der Lebensmittellisten für die 88. Zuteilungsperiode erfolgt ab Donnerstag, den 25. 4. 46, bei den Kartenstellen der Bezirksverwaltungen. Näheres ist aus dem Anschlag d. Bezirksstellen zu ersehen.